

An die Damen und Herren
des Haupt- und Finanzausschusses

Beratungsvorlage

zu TOP 7 der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06. Dezember 2007

I. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch vom 08. Juli 2002

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die als Anlage 2 beigefügte I. Änderungssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch zu beschließen.

Begründung:

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen hat im März dieses Jahres eine neue Musteratzung zur Verwaltungsgebührensatzung erstellt. Die Änderung betrifft im Wesentlichen die Gebührenkalkulation, die an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und den aktuellen KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ angepasst wurde.

Die geltende Satzung der Stadt Meerbusch wurde daraufhin überprüft. Der Satzungstext der Musteratzung stimmt im Wesentlichen mit der geltenden Satzung überein, eine Änderung ist insofern nicht erforderlich. Hinsichtlich der Gebühren wurde die Kalkulation der Musteratzung weitgehend übernommen und damit an den tatsächlichen Aufwand angepasst. Weiterhin wurden Gebührensatzungen an die jetzige Aufbauorganisation angepasst und redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Die Anlage 1 zur Beratungsvorlage enthält eine Gegenüberstellung zwischen geltenden und geänderten Tarifstellen bzw. Gebührenhöhen sowie die zugrundeliegende Gebührenkalkulation mit Erläuterungen. Die Anlage 2 enthält die vorgeschlagene Änderungssatzung.

Lösung:

Es wird vorgeschlagen, die I. Änderungssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch auf der Grundlage des beiliegenden Entwurfs in Anlage 2 zu erlassen.

Kosten/Deckung:

. / .

Personalaufwand:

. / .

Dieter Spindler